



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/KII/244 - 24. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 83
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Düstere Schatten	S. 1
Die Wirkung des "Sputnik" auf die USA	S. 3
Parlamentsreform	S. 6
zum Abschluss der Wiener Atomkonferenz	S. 8

Die dritte Kanzlerschaft

sp- Auch die treuesten Gefolgsmänner Dr. Adenauers werden nicht sagen können, die dritte Bundeskanzlerschaft des fest 82jährigen beginne unter glücklichen Vorzeichen. Düstere Schatten ziehen herauf, und es mag nicht wenige Leute innerhalb der grössten Regierungspartei geben, die wünschen, der Wahlsieg vom 15. September wäre weniger gross ausgefallen. Zum dritten Male, diesmal noch stärker und profilierter, trägt die Partei des Bundeskanzlers die volle Verantwortung für die Politik der Bundesregierung; sie kann sich, wenn irgendetwas schief geht, nicht auf Sündenböcke oder renitent gewordene Koalitionspartner berufen. Die absolute Mehrheit im Parlament gibt ihr die Möglichkeit, ohne Störfener vor aussen, das Mass ihrer innen- und aussenpolitischen Vorstellungen zu verwirklichen, soweit sich, was die Innenpolitik anbelangt, diese an die vom Grundgesetz vorgeschriebenen Grenzen halten.

Das widerwärtige Schauspiel um die Kabinettsbildung zeigt vor aller Welt die Grösse der internen Gegensätze, die innerhalb der CDU/CSU bestehen. Freundschaften zerbrechen darüber, Männer, die jahrelang gemeinsam auf der Ministerbank sassen, sind sich spinnfeind geworden und schreiben einander von Zorn und Enttäuschung diktierte Briefe. Zu alledem ein Bundeskanzler, dessen vielgerühmtes taktisches Geschick ihn in diesen Tagen anscheinend verlassen hat. Man rühmt Dr. Adenauer nach, er wäre gross in der Meisterung schwieriger Situationen, souverän in der Handhabung mit Menschen und rücksichtslos im Umgang mit seiner

Umschreibung - aber was in diesen Tagen die deutsche Öffentlichkeit mit beobachtete war das Wirken eines Mannes, der sich mächtigeren Einflüssen wohl zu fügen weiss. Die CDU, das ist die bittere aber auch heilsame Erkenntnis der Geschichte dieser Kabinettsbildung, ruht nicht auf den Reinen Dr. Adenauers, wie es ausserlich den Anschein hat, ihre Politik und ihr Wesensgehalt sind von anonymen Kräften, Gruppen und Persönlichkeiten bestimmt; sie verfügen über die eigentliche Macht und wissen sie gut und wirksam einzusetzen..

Gewichtige Entscheidungen kommen auf die Bundesregierung unter der dritten Kanzlerschaft Dr. Adenauers zu. Die einige Tage nach der Wahl erfolgte Kohlepreisermäßigung, der andere Preisweilen zwangsläufig folgen werden, kündigt schwere Kämpfe auf dem wirtschaftspolitischen Sektor an. In den vergangenen Jahren hat sich die alte und neue Bundesregierung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums beggeben, um mit dem Übermut der Gruppenegoisten und des Grossbesitzes fertig zu werden. Die von der Regierung gewollte Aufrüstung fordert ihre Tribute; schon hat Strauß neue Milliardenforderungen für seinen Etat angemeldet. Weitere Anforderungen werden folgen, befindet sich doch der Ausbau der Bundeswehr gewissermassen noch im Anfangsstadium. Die von der Regierung - vor den Wahlen - angekündigte Steuerreform wird zeigen, wer die eigentlichen Herren in der Bundesrepublik sind; der kleine Mann und der mittlere Unternehmer werden dies noch schmerzlich zu spüren bekommen. Auf sozialpolitischem Gebiet sind wohl keine bewegenden Initiativen und Vorstösse von der Regierungssseite zu erwarten. Das läppische Gerede vom Wohlfahrtsstaat, den es abzubauen gelte, deutet, für alle sichtbar, die Richtung an, die die Bundesregierung einzuschlagen gedenkt.

Ausserpolitisch hat sich die Regierung in eine geradezu erschreckende Lage hineinmanövrieren lassen. Heute, zu Beginn der dritten Kanzlerschaft Dr. Adenauers ist es so weit, dass die Frage der deutschen Wiedervereinigung von der weltpolitischen Tagesordnung zu verschwinden droht. Bei der **jetzigen** Begegnung zwischen dem britischen Premier Macmillan und dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower ist sie nicht einmal mehr Diskussionsgegenstand. Die Regierung Adenauer hat es zwar verstanden, das Vertrauen der Westmächte zu erwecken, aber ihr feindseliges, von Ressentiments erfülltes Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn setzt in der Zukunft dieses Vertrauen den allergrössten Belastungsproben aus. Der unglückselige Bruch mit Belgrad beraubte uns des zweiten Drahtes, der uns mit einem slawischen Staat verband - dass der erste, jener zu Moskau, nicht zum Tragen kam - gehört nicht zu den Ehrensleistungen norddeutscher Diplomatie. Die Lösung der deutschen Lebensfrage setzt aber ein Mindestmass von korrekt geordneter Beziehungen zur vierten Siegermacht voraus. Von der so viel zitierten Aktivierung der Ostpolitik ist aber weit und breit nicht der mindeste Hauch zu spüren und immer mehr bestätigt sich der Eindruck der Phantasielosigkeit auf diesem für den Frieden in Europa so wichtigen Gebiet.

Wenn hier kein Wandel eintritt - aber woher soll er von der dritten Regierung Adenauer kommen? - dann werden wir zwar mit Atomwaffen ausgerüstet, aber von der Wiedervereinigung in vier Jahren weiter als jemals entfernt sein.

Amerikas Raketen-Krise im Zeitalter der Raketen-Diplomatie

(Von unserem Korrespondenten in USA)

New York, Mitte Oktober

Amerika ist aus dem Häuschen geraten. Was die Suezkanalkrise und die Tragödie Ungarns, was Adlai Stevensons aufrüttelnde Warnungen im letzten Wahlkampf und die hitzige Debatte über die Beendigung der fragwürdigen Tests von Atombeschossen nicht fertig bekommen haben, ist der kleinen silbrigen Kugel gelungen, die unter dem harmlosen Namen "Sputnik" schnelle Berühmtheit erreicht hat. Sputnik schafft es, das amerikanische Volk, die amerikanische Regierung, den amerikanischen Präsidenten, die amerikanische Presse und die amerikanischen Politiker aus ihrer selbstgefälligen, schläfrigen Zufriedenheit aufzuscheuchen und zu einem bitteren und erbarmungslosen Erwachen zu zwingen; zu der Erkenntnis, dass die Sowjetunion Amerika auf dem ureigensten Spezialgebiet der Amerikaner, der technologischen Kenntnis und der Fähigkeit, technische Ideen in die Tat umzusetzen, deutlich und entscheidend überflügelt hat.

Es handelt sich natürlich nicht so sehr um den kleinen Sputnik als solchen; im Gegenteil, die amerikanischen Gelehrten, die im Rahmen des Internationalen Geophysikalischen Jahres an dem gleichen Problem der Weltraumrakete arbeiten, haben ihren erfolgreicherer Sowjetkollegen zwar nicht neidlos, aber doch uneingeschränkt und ehrlich gratuliert, - und ein paar Regierungslaute in Washington, die den Sowjeterfolg mit dem Sputnik ins Lächerliche zu ziehen und zu bagatellisieren suchten, haben vermutlich bis zum heutigen Tage nicht recht begriffen, um was es sich dabei handelte; dass nämlich hinter dem Sputnik eine unwahrscheinliche, und noch von niemandem ausserhalb Russlands erkannte Stosskraft von Superraketen steht, dass Sputnik von den gleichen Kräften getrieben wird, die morgen Raketenbomben quer über Kontinente und Weltmeere schießen und alle älteren Waffen, einschliesslich der modernsten Bombenflugzeuge, in sinnlose Museumstücke umwandeln können, und dass parallel mit der schon demonstrierten russischen Überlegenheit mit weittragenden Raketenbeschossen jetzt der Sputnik beweist, dass hier in der Tat ein echter und beachtlicher Fortschritt sowjetrussischer Technik und Wissenschaft vorliegt.

Bitterlich aufgescheucht

Die grosse Mehrzahl der Amerikaner hat das begriffen - und, wie gesagt, es hat sie bitterlich aufgescheucht. Man weiss heute, dass politisch schwankende Nationen in Asien und Afrika, die leicht geneigt sind, sich der stärkeren Bataillonen anzuschliessen, seit dem Auftauchen des Sputniks zaghaft aber deutlich Amerika den Rücken zu kehren beginnen: der Glanz der amerikanischen Allmacht ist, vorübergehend wenigstens, verblasst. Man weiss, dass seit dem Auftreten des Sputnik sich die Moskauer Diplomatie einer neuen, schärferen und

rücksichtsloseren Sprache beflüssigt, und dass heute Cruschow und Gromyko eine "Politik der Stärke" betreiben, die bereits in unverhüllte massive Drohungen ausgeartet ist und dem Weltfrieden nicht gerade gut tun dürfte. Und man weiss, dass aus finanziellen Gründen aus dem Wettrennen um die Weltraumerobung sich Engländer, Franzosen, Deutsche usw. vorderhand heraushalten, und den Russen in dieser Hinsicht wirklich nur die Amerikaner gegenüberstehen - wenn sie wenigstens sich jetzt zusammenreissen und die unbestrittene Scharte in absehbarer Zeit ausweiten können.

An Versuchen, das zu tun, mangelt es nicht. In den fünf Jahren, in denen Amerika von Präsident Eisenhower regiert wird, hat sich eine von der Regierung geförderte Haltung des Auf-der-Stelle-Tretens durchgesetzt, eine Politik der selbstgefälligen Gelassenheit, eine Abkehr von Erregungen und Leidenschaften. Das Volk - dem diese Haltung zweifellos gelegen kam - gab sich der angenehmen Beschäftigung des Geldverdienens und Geldausgebens hin, die Staatsgeschäfte überliess es dem populären Regierungschef, und die wenigen Cassandra-Rufe vereinzelter Warner wurden achselzuckend abgetan. Sogar noch nach der Entsendung des Sputnik zögerte Präsident Eisenhower, sich aus der gewohnten Ruhe aufstören zu lassen: wir wissen heute, dass er von exakten Mitteilungen seiner Nachrichtenbehörden über Tag, Stunde und Charakter des bevorstehenden Sputnik-Abschusses überhaupt keine Notiz nahm, und es ist eine Tatsache, dass er auf seiner ersten Pressekonferenz nach diesem Ereignis eine so gleichgültige Haltung an den Tag legte, dass die treu-republikanische New Yorker Zeitung "Harald Tribune" enttäuscht ausrief, die Nation habe auf eine Führungseparole vom Präsidenten gewartet, habe sie aber zu ihrer Enttäuschung nicht erhalten.

Verständnisloser Verteidigungsminister

Seither hat sich das allerdings ein wenig geändert: die Erregung im Volk hat auf die Regierung übergegriffen. Der verständnislose und nur an Haushaltseinsparungen interessierte Verteidigungsminister Charles Wilson ist zurückgetreten, und sein jüngerer Nachfolger McElroy scheint den Mahnrufen der Gelehrten und wissenschaftlichen Sachverständigen etwas mehr Gehör schenken zu wollen, - wenn auch die zusätzlichen Kredite, die man jetzt in aller Eile für die (militärische wie zivile) Raketenforschung freizumachen sucht, vermutlich nicht viel mehr sind als ein paar Tropfen auf den berühmten heißen Stein.

Auch mit etwas mehr Geld bei der Hand können aber amerikanische Gelehrte noch nicht gleich eine fertige Weltraumrakete herbeizaubern, - wenn auch zusätzliche Kredite natürlich bedeuten, dass man mehr Laboratorien und Versuchsanstalten einspannen, mehr Patente aufkaufen und mehr wissenschaftliches Hilfspersonal einstellen kann. Aber das ist gar nicht so entscheidend, entscheidend ist vielmehr, dass man die bisher vorhandenen Mittel so wenig sachgenäss ausgenutzt hat. Die deutschen Raketenforscher, die kurz nach Kriegsende nach Amerika geholt wurden (eine Art "Kriegsbeute", aber inzwischen sind die amerikanischen Bürger geworden und ihre Kinder sprechen kaum noch deutsch), wurden in einer Forschungsstelle der Armee beschäftigt, und sind z.T. dort heute noch tätig, und diese Armeestelle in Hunts-

viele in amerikanischen Süden hat auch einen brauchbaren militärischen Rakotentyp entwickelt, den "Jupiter". Aber nach der Kompetenzverteilung durch Verteidigungsminister Wilson sollte nicht die Armee, sondern die Luftwaffe die Raketenforschung bei sich konzentrieren; und so machte sich die Luftwaffe an ihr eigenes Raketenprogramm, mit einem gänzlich frischen Start, ohne die Erfahrungen von Huntsville zu benutzen und ohne die dortigen (amerikanischen wie deutschen) Experten heranzuziehen.

Verhängnisvolle Rivalitäten

Das Ergebnis war neben dem erfolgreichen "Jupiter" der Armee, den der Pentagon nicht gerne sah, ein sehr viel weniger erfolgreicher "Thor" der Luftwaffe, der sich der Gunst des Pentagons erfreute und für dessen serienweise Herstellung, wenn er erst einmal im Prototyp perfekt wäre, bereits die Flugzeugfabrik Douglas in Kalifornien riesige und kostspielige Vorarbeiten getroffen hat. Und während der Kampf zwischen Armee und Luftwaffe, zwischen "Jupiter" und "Thor" seit vielen Monaten mit Bergen von Akten und Hügel von wissenschaftlicher Plänen und Denkschriften ausgefochten wird, bekommt den Auftrag, den Erdsatelliten für das Geophysikalische Jahr zu bauen, - weder die Luftwaffe noch die Armee, sondern die Flotte, die keinerlei eigene Raketenforschung betrieben hat, der man aber auch die übrigen geophysikalischen Aufgaben dieses Forschungsjahres, z.B. die Südpolexpeditionen, zugeschickt hatte. Nun begann die Flotte, schon führend in Laboratoriumsarbeiten, die Arbeit an dem amerikanischen Erdsatelliten also erneut mit einem frischen Start weitgehend ohne Hinzuziehung der deutschen Huntsville-Experten und vollständig, ohne sich an den erfolgreichen "Jupiter" anzulehnen. Ergebnis: es klappt nicht mit dem amerikanischen Satelliten, sein Abschuss muss immer wieder verschoben werden, - und die Russen sind mit ihrem Sputnik um Wochen und Monate und vielleicht sogar Jahre den Amerikanern voraus.

Geld allein tut also wirklich nicht alles. Kleinliche Kompetenzgefechte, organisatorische Unfähigkeit, sträfliche Gleichgültigkeit bei verantwortlichen Regierungleuten und administratives Chaos sind an dem Ergebnis schuld. Mit diesen Dingen muss Amerika erst aufräumen, und über diese primitiven Grundvoraussetzungen sucht jetzt, verspätet und aus seinem Schlummer aufgewacht, das amerikanische Volk durch seinen Präsidenten, seine Minister und seine Generalität, die Erkenntnisse zu gewinnen, ohne die es keinen Vorstoß in den Weltraum und keinen Widerstand gegen Russlands neue Raketen diplomatie geben kann.

Parlamentsreform

von H. J. Ritzel, MdB

Der erste Auftakt zu ernsthafter Arbeit des Deutschen Bundestages war wenig glücklich. Die Verzögerung der Regierungsbildung, sowie die Verzögerung der Regierungserklärung und der sich hieran anschließender Aussprache bewirkt im Zusammenhang mit der Absicht, die darauffolgende zweite Novemberwoche von Plenarsitzungen freizuhalten, eine bedauerliche Verzögerung der gesamten Arbeiten des Deutschen Bundestages. So dürfte der Auftakt für eine Parlamentsreform wirklich nicht aussehen, denn die Konsequenz aus der bisherigen Entwicklung besteht vor allem in einer unverantwortlichen Verschiebung der Ausarbeitung, Vorlage, Beratung und Verabschiedung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1958.

Im Parlament und in der Presse ist die Diskussion über Probleme der Parlamentsreform im vollen Gang. Dabei werden allerdings Fragen der Reform der Geschäftsordnung des Bundestages vielfach mit Fragen der eigentlichen Parlamentarierreform verwechselt und durcheinander gebracht. Zur Reform der Geschäftsordnung, der eine besondere Betrachtung gewidmet werden soll, gehören jene Vorschriften eines Hausgesetzes des Parlaments, das Regeln herausarbeitet und deren Befolgung sicherstellt, ohne die eine fünfhundertköpfige Volksvertretung nicht auszukommen vermag.

Zur Parlamentarierreform gehören alle jene Probleme, die die Voraussetzungen für einen Aufbau und das politisch-geistige Funktionieren des Parlaments bilden. Wenn das Parlament keine dem Volk entfremdete Institution werden soll, dann muß die bisherige Arbeitsmethode entscheidend geändert werden. Die Parlamentarierreform muß mit einer Sicherung eines guten Zusammenklangs zwischen Fraktions-, Ausschuß- und Plenararbeit beginnen. Sie muß von dem Willen getragen sein, die bisherige Fließhandarbeit der Gesetzgebung abzuschaffen und dem verhängnisvollen Hang zu einem gesetzgeberischen Perfektionismus zu widerstehen. Nur so wird die Möglichkeit geschaffen, den Abgeordneten die erforderliche Zeit zu sichern, um außer der Parlamentsarbeit auch noch für Beruf und Leben außerhalb des Parlaments wirken zu können. Das erfordert eine Verringerung der Zahl der Ausschüsse und damit eine Vereinfachung des Weges der Beratungen aller Vorlagen. Das erfordert eine Entlastung der Abgeordneten von einer Unsumme subtiler Kleinarbeit durch die Schaffung eines ausreichenden Gesetzgebungshilfsdienstes.

Das Beispiel des alten Deutschen Reichstages würde unter Anwendung praktischer Erfahrungen des Ersten und Zweiten Deutschen Bundestages durchaus rechtfertigen, wenn ein ununterbrochener Arbeitsturnus von 3 Wochen von einer Arbeitsmöglichkeit von gleichfalls 3 Wochen im Wahlkreis und im Beruf abgelöst werden würde. Man soll sich doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die bisherige Fortsetzung der Arbeitsweise des Deutschen Bundestages zwangsläufig zu einer immer größeren Entfremdung der Abgeordneten von ihrem Beruf und zur Schaffung von Berufsparlamentariern führt und führen muß.

Es wurde viel über die Frage einer Entlastung des Plenums durch die Bildung eines Hauptausschusses gesprochen. Hoffentlich wird diese Idee nicht mehr weiter erörtert. Sie ist verfassungswidrig, wenn der Hauptausschuß Rechte des Bundestages übertragen bekommen soll. Sie ist wertlos, wenn im Hauptausschuß nur reine vorbereitende Ausschußarbeit geleistet wird, da dann keine Entlastung des Plenums erwartet werden kann. Viel zweckmäßiger ist es, bei der Behandlung von gesetzgeberischen Vorlagen eine straffere Hand bei der Zuweisung der Vorlagen an beratende Ausschüsse zu zeigen. Doch das ist zum Teil auch eine Aufgabe der Reform der Geschäftsordnung.

Ich kann mir auch vorstellen, daß wir statt der bisherigen rund 40 Ausschüsse mit etwa 23 bis 25 Ausschüssen auskommen können. Über die Mitgliederzahl dieser Ausschüsse läßt sich debattieren. Der Deutsche Bundestag ist ein billiges Parlament und nachdem er selbst die Zahl der Abgeordneten auf rund 500 festgesetzt hat, muß er auch die logische Konsequenz ziehen, um dieser großen Zahl von Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, im Parlament ihre Pflicht auch in den Ausschüssen zu erfüllen.

Zur Parlamentsreform gehört auch eine optische Reform und eine Reform der Sprechmethoden. Unter optischer Reform soll hier die Beseitigung des Niveauunterschieds zwischen Regierungsbank und Abgeordneten-Plätzen verstanden werden. Die bisherige Einrichtung entspricht allzusehr den Bedürfnissen einer über den Parlament stehenden Regierung, während es eigentlich gerade umgekehrt sein sollte. Die Reform auf dem Gebiete der parlamentarischen Rede sollte kurze Diskussionsbeiträge und das echte parlamentarische Gespräch der wohlformulierten, langen und sorgfältig auf Punkt und Komma ausgearbeiteten Rede vorziehen. Gleichviel, ob es sich um eine Parlamentsreform oder um eine Reform der Geschäftsordnung handelt: Unter allen Umständen muß vermieden werden, daß unter dem Deckmantel des Begriffs einer Reform das Recht der Minderheit beschnitten wird. Es wird insbesondere Aufgabe der künftigen Geschäftsordnung sein, dieses Recht sicherzustellen.

Die Parlamentsreform würde am besten damit beginnen, daß beschleunigt die Bildung der Ausschüsse ermöglicht würde. Die ersten Drucksachen liegen vor, aber noch ist kein einziger Ausschuß gebildet. Notlösungen, wie die der beabsichtigten Errichtung eines provisorischen Wahlrechtsausschusses, unterstreichen nur die jetzige Funktionsunfähigkeit des Deutschen Bundestages.

Der Bundestag wird aus eigener Kraft und aus eigener Erfahrung die Parlamentsreform und Reform der Geschäftsordnung meistern müssen und meistern können. Eine einmal in einer süddeutschen Zeitung erwähnte Möglichkeit der Bildung einer unabhängigen Gutachterkommission von Wissenschaftlern zur Lösung dieser Aufgabe kann praktisch zu keinem Ergebnis führen, denn hier entscheidet wirklich nur die Erfahrung und der gute Wille zur Anwendung dieser Erfahrung.

Im Dienste der Menschheit

sp- Man muss es schon als ein erstaunliches und hoffnungsvolles Phänomen bezeichnen, wenn eine Konferenz, an der die Vertreter von 57 Staaten aus West und Ost teilnehmen, ohne Spannungen auseinandergeht. Die Teilnehmer der Wiener Atomkonferenz vereinte der Wille zur friedlichen Zusammenarbeit, und sie gaben in dreiwöchentlichen Beratungen einen neuen Verfassungswerk Gestalt, das es den Regierungen ermöglichen wird, die Atomenergie zum Wohle der Menschheit statt zu ihrer Vernichtung einzusetzen. Den Gegensätzen unserer Zeit konnte freilich auch diese Konferenz sich nicht ganz entziehen; so sind von der Mitarbeit an dieser auf Anregung des amerikanischen Präsidenten Eisenhower entstandenen weltumspannenden Organisation alle Staaten ausgeschlossen, die nicht der UNO oder einer ihrer Zweigorganisationen angehören. Dies betrifft vor allem das neue China, um dessen Aufnahme in die Internationale Atomenergie-Behörde sich die Sowjetunion und einige andere Ostblockstaaten bemühen. Sie kamen mit ihren Anträgen nicht durch, was die sowjetischen Vertreter dann allerdings nicht an einer loyalen Mitarbeit hinderte. Einer ihrer führenden Männer nimmt neben dem amerikanischen Generaldirektor Cole die Stelle eines Vize-Direktors der Atombehörde ein.

Die Vorbereitung und Durchführung dieser für die zukünftige Geschichte wegweisenden Konferenz war eine diplomatische Höchstleistung. Das Verdienst daran kommt allen Teilnehmern zu, vermieden sie es doch sorgfältig, die Stätte dieser Begegnung zu tumultarischen Propagandaktionen entarten zu lassen. Vier Ziele hat sich die Internationale Atomenergie-Behörde gestellt: Der Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse und Forschungsergebnisse; die Aufstellung von international gültigen Sicherheitsnormen zum Schutz vor Strahlungsgefahren; die atomtechnische Hilfe für jene Länder, die an der Schwelle der Industrialisierung stehen und sie nicht ohne fremde Unterstützung überschreiten können, und die Verwendung der Atomenergie ausschliesslich für friedliche Zwecke.

Von diesen gesteckten Zielen kommt wohl dem zweiten und dem vierten allergrösste Bedeutung zu, denn ihre Verwirklichung schliesst die Schaffung einer Truppe von internationalen Kontrollbeamten ein. Käme es in absehbarer Zeit - die Aussichten dafür sind allerdings nicht günstig - zu einem umfassenden Abrüstungsabkommen zwischen West und Ost und dem dazu nötigen Kontrollapparat, so würden die Organe, die zu kontrollieren hätten, schon vorhanden sein. Interessant ist, dass die Russen bei den Vorverhandlungen der Wiener Atomkonferenz ihren Widerstand gegen die Entsendung internationaler Kontrollorgane in ihr eigenes Territorium aufgaben, ein Punkt, über den bisher alle zwischen West und Ost geführten Abrüstungsgespräche nicht hinaus kamen.

Der über alle Erwartungen günstige Verlauf der Wiener Atomkonferenz ist ein Lichtblick in einer Zeit, in der mit erneuter Lautstärke Kriegsdrohungen zu vernehmen sind. Hier wurde offenbar, dass das Atom nicht nur die Möglichkeit fürchterlicher Vernichtungskraft in sich enthält, sondern dazu dient, Völker und Regierungen aller Erdteile, der verschiedensten Rassen und der verschiedensten Ideologien zu friedlicher Zusammenarbeit zum Wohle aller zu vereinen. Nur diese allein kann der Menschheit den Alpdruck eines mit nuklearen Waffen geführten dritten Weltkrieges nehmen.

* * *